MARKTGEMEINDEAMT MOLLN

Nr. 22/2015-2021

VERHANDLUNGSSCHRIFT

über die öffentliche **SITZUNG des GEMEINDERATES**

der Marktgemeinde Molln am 17. Dezember 2018

Tagungsort: Nationalparkzentrum Molln, Vortragsraum Gaisberg

Anwesende:

1. Bürgermeister REINISCH Friedrich (ÖVP) als Vorsitzender
2. GRM Buchriegler Regina, Mag. (FH) – (ÖVP)
3. GRM JUNGWIRTH Andreas (ÖVP)
4. GRM RESCH Josef (ÖVP)
5. GRM KÖSSNER Gudrun, Mag. (ÖVP)
6. GRM BANKLER Stefan (ÖVP)
7. GVM SEEBACHER Gottfried (ÖVP)
8. Vizebgm. HOFBAUER Manfred (SPÖ)
9. GVM WELSER Helmut (SPÖ)
10. GRM HERZOG Erika (SPÖ)
11. GRM AIGNER Walter (SPÖ)
12. GRM BRUNNER Ulrike (SPÖ)
13. GVM SCHOBER Martin (SPÖ)
14. GRM WILDAUER Mario (SPÖ)
15. GRM WILDAUER Hubert (SPÖ)
16. GRM RUSSMANN Andreas (bim)
17. GRM PLATZER Alfred (bim)
18. GVM GASPLMAYR Dominik (bim)
19. GRM KOLLER Markus (bim)
20. GRM PLATZER Christoph (bim)
21. GRM WAGNER Otmar (FPÖ)
22. GVM PRENTNER Manfred (FPÖ)
23. GRM KORES Bettina (FPÖ)
24. GRM BACHMAYR Helmut (FPÖ)
25. GRM SCHMIDBERGER Barbara (FPÖ)

Ersatzmitglieder:

Leiter des Gemeindeamtes: Mag. Christian Pölz

Es fehlen:

Entschuldigt:

Nicht entschuldigt:

Die Schriftführerin: Elisabeth Fischer

Der Vorsitzende eröffnet um 19.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass

- a) die Sitzung von ihm einberufen wurde,
- b) die Verständigung hiezu gemäß den vorliegenden Zustellnachweisen an alle Mitglieder bzw. Ersatzmitglieder zeitgerecht schriftlich am 10.12.2018 unter Bekanntgabe der Tagesordnung erfolgt ist;
die Abhaltung der Sitzung durch Anschlag an der Amtstafel am gleichen Tage öffentlich kundgemacht wurde;
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist;
- d) die Verhandlungsschrift über die Sitzung vom 19.11.2018 bis zur heutigen Sitzung während der Amtsstunden im Gemeindeamt zur Einsichtnahme aufgelegt ist, während der Sitzung zur Einsichtnahme noch aufliegt und gegen die Verhandlungsschrift bis zum Sitzungsschluss Einwendungen eingebracht werden können.

TAGESORDNUNG:

- Punkt 1) Nationalpark Direktor; Vorstellung
- Punkt 2) Steuerhebesätze für das Finanzjahr 2019; Beratung und Beschlussfassung
  - a) Grundsteuer A + B
  - b) Hundeabgabe
  - c) Gemeindezuschlag zur Freizeitwohnungspauschale
- Punkt 3) Voranschlag für das Finanzjahr 2019; Beratung und Beschlussfassung:
  - a) Festsetzung Kanalgebühren
  - b) Festsetzung Abfallgebühren
  - c) Festsetzung Dienstpostenplan
  - d) Festsetzung Kassenkredit höchstbetrag und Vergabe Kassenkredit
  - e) Ordentlicher Haushalt und außerordentlicher Haushalt
  - f) Betrag, ab dem Abweichungen im NVA u. RA zu begründen sind
  - g) Mittelfristiger Finanzplan 2019 – 2023
- Punkt 4) Rudolf u. Gabriele Federlehner; Ersitzung öffentliches Gut; Gerichtsverfahren; Vergleich; Beratung und Beschlussfassung
- Punkt 5) Kindergarten; Errichtung einer 6. Gruppe; Beratung und Beschlussfassung
- Punkt 6) Wege- und Straßenbeleuchtung „Neu“; Grundsatzbeschluss:
  - a) Umsetzung des Konzeptvorschlages – LED System
  - b) Lampentyp für Kandelaber und Peitschenlampen inkl. Mastsystem
  - c) Förderanträge und Angebotsausschreibung – Erstellung durch Amtsleitung

- Punkt 7) Flächenwidmungsplan 3/2003; Österreichische Kinderfreunde, Region Steyr-Kirchdorf; Änderung Nr. 3.93.; Grundsatzbeschluss; Beratung und Beschlussfassung
- Punkt 8) Mag. Christian Pölz; Amtsleiter; Weiterbestellung; Beratung und Beschlussfassung
- Punkt 9) Allfälliges

Im Anschluss an die Gemeinderatssitzung ist bei Bedarf eine Bürgerfragestunde entsprechend den beschlossenen Richtlinien vorgesehen.

*****

Der **Bürgermeister** informiert darüber, dass der **Sitzungsplan für das 1. Halbjahr 2019** durchgeht und jedes Mitglied den Empfang zu bestätigen hat.

Anschließend gibt er bekannt, dass **1 Dringlichkeitsantrag** von der SPÖ-Fraktion und Mandataren der bim-Fraktion vorliegt und zwar:

Jugendzentrum-Betreuung 2019

Er bringt den Antrag zur Kenntnis und lässt anschließend über die Aufnahme abstimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat lehnt mit 12 Nein-Stimmen (ÖVP, FPÖ – ohne Prentner sowie Platzer A., bim), 1 Stimmenthaltung (Prentner, FPÖ) und 12 Ja-Stimmen (SPÖ und bim – ohne Platzer A.) durch Heben der Hand die Aufnahme des Dringlichkeitsantrages der SPÖ-Fraktion und Mandataren der bim-Fraktion in die Tagesordnung ab.

*****

Der **Bürgermeister** sagt, dass er gebeten wurde, die Redner zu ersuchen, lauter zu sprechen, damit die Zuhörer etwas verstehen können.

Anschließend geht er zur Tagesordnung über.

Punkt 1) Nationalpark Direktor; Vorstellung

Der **Bürgermeister** begrüßt Dipl. Ing. Volkhard Maier und sagt, dass dieser seit 1.1.2018 Nationalparkdirektor ist und übergibt das Wort an ihn.

Dipl. Ing. Maier stellt sich anschließend vor und berichtet über seine Aufgaben als Nationalparkdirektor.

Abschließend wird vereinbart, dass es eine gemeinsame Wanderung in die Buchenwälder, die zum Unesco Weltnaturerbe ernannt wurden, geben soll. Dir. Maier ist sehr daran interessiert, miteinander im Gespräch zu bleiben und ist auch an der Infostelle sehr interessiert.

Der **Bürgermeister** bedankt sich bei Dipl. Ing. Maier und lädt ihn zum Neujahrsschnalzen am 1.1.2019 in Linz ein.

*****

Punkt 2) Steuerhebesätze für das Finanzjahr 2019; Beratung und Beschlussfassung
a) Grundsteuer A + B
b) Hundeabgabe
c) Gemeindezuschlag zur Freizeitwohnungspauschale

Der **Bürgermeister** sagt, dass die Steuerhebesätze für die Grundsteuer A und B sowie die Hundeabgabe für das Finanzjahr 2019 zu beschließen sind, wobei keine Änderungen vorgesehen sind.

Grundsteuer A und B: 500 v.H. des Messbetrages
Hundeabgabe: € 40,-- je Hund/€ 20,-- für einen Wachhund
Er ersucht um Wortmeldungen.

GRM Jungwirth (ÖVP) sagt, dass es immer das Problem mit Hundekot gibt und spricht sich dafür aus, dass die Hundeabgabe zweckgewidmet werden soll. Er wünscht, dass Hundekotsackerl angebracht werden und zwar z.B. beim Hoisnhaus, in der Reibensteinstraße und beim Schacherparkplatz.

Da keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, lässt der Bürgermeister abstimmen.

Der Gemeinderat beschließt einstimmig durch Heben der Hand:

- a)** die Steuerhebesätze für das Finanzjahr 2019 wie folgt:
Grundsteuer A und B: 500 v.H. des Messbetrages
b) die Hundeabgabe für das Finanzjahr 2019 wie folgt:
€ 40,-- je Hund/€ 20,-- für einen Wachhund

*****

Der **Bürgermeister** sagt anschließend, dass mit Wirksamkeit 1.1.2019 alle Gemeinden berechtigt, aber nicht verpflichtet sind, für die im Gemeindegebiet gelegenen Freizeitwohnungen (gem. § 54 Oö. Tourismusgesetz 2018) einen Gemeindezuschlag zur Freizeitwohnungspauschale, welche eine reine Landesabgabe ist, aufgrund eines Hebesatzbeschlusses einzuheben. Er ersucht anschließend den Obmann des Ausschusses Wirtschaft, Tourismus, Ortsentwicklung und Landwirtschaft um seine Ausführungen.

GVM Seebacher (ÖVP) sagt, dass in der Bürgermeisterkonferenz darum ersucht wurde, eine einheitliche Vorgehensweise zu wählen.

Die Höhe der Freizeitwohnungspauschale beträgt:

1. Für Wohnungen bis zu 50 m² Nutzfläche sowie für Dauercamper € 72,--
2. Für Wohnungen über 50 m² Nutzfläche € 108,--

Der Höchstbetrag des jährlichen Zuschlags (§ 57 Oö. Tourismusgesetz 2018) zur Freizeitwohnungspauschale beträgt:

1. Für Wohnungen bis zu 50 m² Nutzfläche sowie für Dauercamper € 108,-- (= 150%)
2. Für Wohnungen über 50 m² Nutzfläche € 216,-- (= 200%)

Er sagt weiters, dass sich die Ausschussmitglieder mehrheitlich für die Einhebung des Höchstbeitrages ausgesprochen haben.

Da es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, lässt der Bürgermeister abstimmen.

Beschluss:

c) Der Gemeinderat beschließt mit 24 Ja-Stimmen (SPÖ – ohne Welser, ÖVP, FPÖ, bim) und 1 Stimmenthaltung (Welser, SPÖ) durch Heben der Hand die Einhebung eines Gemeindeguschlages zur Freizeitwohnungspauschale gem. § 57 Oö. Tourismusgesetz 2018 ab 1.1.2019 wie folgt:

1. Für Wohnungen bis zu 50 m ² Nutzfläche sowie für Dauercamper	€ 108,-- (= 150%)
2. Für Wohnungen über 50 m ² Nutzfläche	€ 216,-- (= 200%)

*****

Punkt 3) Voranschlag für das Finanzjahr 2019; Beratung und Beschlussfassung:

- a) **Festsetzung Kanalgebühren**
- b) **Festsetzung Abfallgebühren**
- c) **Festsetzung Dienstpostenplan**
- d) **Festsetzung Kassenkredithöchstbetrag und Vergabe Kassenkredit**
- e) **Ordentlicher Haushalt und außerordentlicher Haushalt**
- f) **Betrag, ab dem Abweichungen im NVA u. RA zu begründen sind**
- g) **Mittelfristiger Finanzplan 2019 – 2023**

a) Der **Bürgermeister** berichtet, dass das Land Oö. die Mindestanschlussgebühr und die Benützungsg Gebühr für Abwasserbeseitigungsanlagen für das Finanzjahr 2019 gegenüber dem Vorjahr um 2,1 % erhöht hat. Die neue Mindestanschlussgebühr lt. Land beträgt daher € 3.359,- excl. MwSt. Die derzeit gültige Mindestanschlussgebühr in der Gemeinde Molln beträgt € 3.496,-- excl. MwSt. Bei einer Erhöhung der Mindestanschlussgebühr um rd. 2 % ergibt sich für 2019 eine neue Anschlussgebühr in Höhe von € 3.568,-- excl. MwSt. (€ 22,30/m²).

Die Mindestbenützungsg Gebühr lt. Land für 2019 beträgt € 3,83 excl. MwSt./m³, in der Gemeinde Molln wird bei den Kanalbenützungsg Gebühren derzeit zu einer monatlichen Grundgebühr von € 5,-- excl. MwSt. eine Gebrauchsgebühr von € 3,65 excl. MwSt./m³ eingehoben.

Für das Jahr 2019 soll die monatliche Grundgebühr auf € 5,50 excl. MwSt. und die Gebrauchsgebühr um rd. 2 % auf € 3,72 excl. MwSt./m³ angehoben werden. Er ersucht um Wortmeldungen.

GRM Rußmann (bim) sagt, dass man ja derzeit schon über der Mindestgebühr vom Land liegt und fragt, ob im Kanalbetrieb so hohe Abgänge sind, denn sonst spricht er sich nicht für eine Erhöhung aus.

AL Mag. Pölz sagt, dass es mit der neuen VRV andere Vorgaben gibt. Der ganze Betrieb ist nicht kostendeckend. Er verweist auch darauf, dass für den Kanalbau 2019 in der Sonnseite wieder ein Darlehen aufgenommen werden muss.

GVM Gasplmayr (bim) sagt, dass 95 % der Gesamtschulden den Kanal betreffen.

GVM Schober (SPÖ) sagt, dass er aber nicht für eine 10%ige Erhöhung ist – er wird da nicht mitstimmen.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, lässt der Bürgermeister abstimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt mit 19 Ja-Stimmen (ÖVP, FPÖ, SPÖ – ohne Schober, Brunner, Wildauer H. und Wildauer M. sowie bim – ohne Rußmann und Koller) und 6 Nein-Stimmen (Schober, Brunner, Wildauer H. und Wildauer M. – alle SPÖ sowie Rußmann und Koller – beide bim) die Erhöhung der Kanalbenützungsgebühren ab 1.1.2019 wie folgt:

- Kanal-Mindestanschlussgebühr von € 3.496,-- excl. MWSt. auf € 3.568,-- excl. MWSt. (€ 22,30/m²);
- Kanal-Gebrauchsgebühr von € 3,65 excl. MWSt./m³ auf € 3,72 excl. MWSt./m³;
- Monatliche Grundgebühr von € 5,-- excl. MWSt./auf € 5,50 excl. MWSt.

*****

b) Der Bürgermeister sagt, dass die Abfallgebühren gegenüber dem Vorjahr unverändert festgesetzt werden sollen. Er ersucht um Wortmeldungen.

Da es keine Wortmeldungen gibt, lässt der Bürgermeister abstimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig durch Heben der Hand, dass die Abfallgebühren für das Jahr 2019 gegenüber dem Vorjahr unverändert bleiben.

*****

c) Der Bürgermeister sagt, dass beim Dienstpostenplan keine Änderungen vorzunehmen sind, sodass der letztgültige Dienstpostenplan zu beschließen ist. Er ersucht um Wortmeldungen.

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig durch Heben der Hand den vorliegenden Dienstpostenplan.

*****

d) Der Bürgermeister sagt, dass der Kassenkredit höchstbetrag mit € 1.500.000,-- festgesetzt werden soll. Der Kassenkredit, welcher an den 3-Monats-Euribor gebunden werden soll, soll je zur Hälfte an die örtlichen Banken vergeben werden. Von der Sparkasse und der Raiba liegen Angebote mit einem Aufschlag von jeweils 0,79 % auf den 3-Monats-Euribor, Mindestzinssatz 0,79 %, vor. Er ersucht um Wortmeldungen.

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig durch Heben der Hand, den Kassenkredit mit einem Höchststrahmen von € 1.500.000,-- festzusetzen und wie folgt aufzuteilen:

Sparkasse: € 750.000,--, 3-Monats-Euribor + 0,79 % Aufschlag
Raiba: € 750.000,--, 3-Monats-Euribor + 0,79 % Aufschlag

*****

e) Der **Bürgermeister** sagt, dass der Voranschlag für das Finanzjahr 2019 nach Überarbeitung in der Budgetbesprechung vorliegt. Der ordentliche Haushalt konnte mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von € 7.345.900,-- ausgeglichen erstellt werden. Der außerordentliche Haushalt weist mit Einnahmen von € 702.100,-- und Ausgaben von € 672.100,-- einen Soll-Überschuss in Höhe von € 30.000,-- auf, wobei dieser auf die BZ-Mittel für den Ausbau der Einsatzzentrale der Bergrettung zurückzuführen ist. Der Voranschlag wurde an die Fraktionsobleute übermittelt, der Bürgermeister ersucht um Wortmeldungen.

GVM Gasplmayr (bim) zeigt sich erfreut, dass der Voranschlag ausgeglichen erstellt werden konnte. Er verweist auf die Problematik der Betriebe in Molln, die zu wenig Arbeitskräfte haben und spricht den Verein „Liebenswertes Molln“ an, der sich die Erhöhung der Lebensqualität in Molln zum Ziel gesetzt hat. Der Spargedanke muss vorhanden sein, um neue Projekte umsetzen zu können, denn vom Land steht nur mehr ein gewisser Betrag zur Verfügung.

GRM Rußmann (bim) sagt, dass er nicht der Meinung ist, dass der Voranschlag den Bedürfnissen beispielsweise bei der Kinderbetreuung entspricht. Er wird daher auch nicht zustimmen.

Vizebürgermeister Hofbauer (SPÖ) spricht die Straßensanierung in Molln an und sagt, dass keine Mittel für 2019 vorgesehen sind, für die Evaluierung des Kindergartens jedoch € 7.000,- vorgesehen sind. Er fragt, was da gemacht wird.

Der **Bürgermeister** sagt, dass dieser Betrag von der Budgetgruppe festgesetzt wurde – eine externe Gruppe soll sich den Kindergarten ansehen.

Vizebürgermeister Hofbauer (SPÖ) sagt, dass auch für das Amt € 16.000,-- vorgesehen sind.

GRM Buchriegler (ÖVP) verweist auch auf den ausgeglichenen Nachtragsvoranschlag und sagt, dass sich die ersten Einsparungen bemerkbar machen, das Geld kann für andere Projekte verwendet werden. Anspargungen werden benötigt, weil es viele Vorhaben gibt, wie etwa Schulsanierung, Arzt, GEP, Krabbelgruppe in den Kindergarten verlegen und event. die Errichtung einer 6. Kindergartengruppe. Für Straßenrenovierungen werden jährlich € 200.000,- benötigt, vom Land bekommt man aber nicht mehr viele Mittel.

Es gibt anschließend eine umfangreiche Diskussion, an der sich die **GRM Platzer A. (bim), Seebacher (ÖVP), Buchriegler (ÖVP), Aigner (SPÖ), GVM Schober (SPÖ) und der Bürgermeister** beteiligen. Die SPÖ-Vertreter kritisieren u.a., dass für die Straßensanierung für das Jahr 2019 kein einziger Cent vorgesehen ist, dafür aber hohe Beträge für Beratungsleistungen für das Amt und den Kindergarten. Die ÖVP kritisiert, dass die SPÖ nicht bei der Budgetsitzung anwesend war.

AL Mag. Pölz erklärt abschließend, dass der Voranschlag nach der Budgetklausur mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von € 7.345.900,-- kundgemacht wurde. Da der Beschluss über die Einhebung eines Gemeindeguschlages zur Freizeitwohnungspauschale erst heute gefasst wurde, konnte dieser Einnahmenbetrag nicht berücksichtigt werden.

Der Voranschlag bleibt ausgeglichen, die Beträge verschieben sich aber. Im ordentlichen Haushalt kommt es daher bei den Einnahmen unter der VA-Post 920/834200 und bei den Ausgaben unter der VA-Post 912/298000 (Rücklagen) zu einer Änderung der Beträge um € 10.000,--, so dass der Voranschlag mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von € 7.355.900,-- beschlossen werden kann.

Der **Bürgermeister** bedankt sich abschließend bei der Budgetgruppe sowie bei AL Mag. Pölz und Beinhaupt-Gassner Elke.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt mit 15 Ja-Stimmen (ÖVP, FPÖ sowie bim – ohne Rußmann und Koller) und 10 Nein-Stimmen (SPÖ sowie Rußmann und Koller, beide bim) durch Heben der Hand den vorliegenden Voranschlag für das Finanzjahr 2019 mit der Abänderung, dass im ordentlichen Haushalt bei den Einnahmen unter der VA-Post 920/834200 und bei den Ausgaben unter der VA-Post 912/298000 (Rücklagen) eine Erhöhung der Beträge um € 10.000,-- erfolgt, so dass der Voranschlag mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von € 7.355.900,-- ausgeglichen erstellt wird.

Der außerordentliche Haushalt weist mit Einnahmen von € 702.100,-- und Ausgaben von € 672.100,-- einen Soll-Überschuss in Höhe von € 30.000,-- auf.

*****

f) Der **Bürgermeister** sagt, dass der Betrag, ab dem Abweichungen zu den veranschlagten Beträgen zu begründen sind, wie in der Vergangenheit, mit über € 5.000,-- und mehr als 5 % festgesetzt werden soll. Er ersucht um Wortmeldungen.

Da es keine Wortmeldungen gibt, lässt der Bürgermeister abstimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt einstimmig durch Heben der Hand, dass der Betrag, ab dem Abweichungen zu den veranschlagten Beträgen zu begründen sind, mit € 5.000,-- und mehr als 5 % festgesetzt wird.

*****

g) Der **Bürgermeister** sagt, dass der Mittelfristige Finanzplan (MFP) für die Jahre 2019 bis 2023 festzulegen ist. Ein Entwurf ist allen Fraktionen zugegangen.

Im Zuge der „Gemeindefinanzierung Neu“ kommt dem MFP im Hinblick auf die Realisierung künftiger Vorhaben nunmehr eine wesentliche Bedeutung zu. Der MFP hat, beginnend mit dem Jahr 2019, die Prioritätenreihung der Vorhaben und den Nachweis der verfügbaren Eigenmittel der Gemeinde abzubilden.

Jene Projekte, bei denen die Eigenmittelaufbringung gesichert ist, können zahlenmäßig im MFP dargestellt werden, wobei die Fördermittel des Landes nur im Ausmaß der Förderquote lt. „Gemeindefinanzierung Neu“ (Molln derzeit 48%) dargestellt werden können.

Für jene Projekte, für die eine Eigenmittelaufbringung im MFP-Zeitraum nicht möglich ist, ist nur eine Projektbeschreibung und eine entsprechende Prioritätenreihung dieser Projekte im MFP darzustellen. Er ersucht um Wortmeldungen.

Keine Wortmeldungen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt mit 24 Ja-Stimmen (SPÖ, ÖVP, FPÖ, bim – ohne Rußmann) und 1 Stimmenthaltung (Rußmann, bim) durch Heben der Hand den vorliegenden Mittelfristigen Finanzplan 2019 – 2023.

*****

Punkt 4) Rudolf u. Gabriele Federlehner; Ersitzung öffentliches Gut; Gerichtsverfahren; Vergleich; Beratung und Beschlussfassung

Der **Bürgermeister** sagt, dass von den Ehegatten Federlehner in Zusammenhang mit der Ersitzung eines Teilstückes der öffentlichen Wegparzelle Nr. 2019, KG Ramsau, bekanntlich Klage gegen die Marktgemeinde Molln beim BG Kirchdorf eingebracht wurde. Im Zuge der Streitverhandlung vor Ort am 16.10.2018 wurden erneut Vergleichsmöglichkeiten besprochen und dann wiederum einfaches Ruhen des Verfahrens dahingehend vereinbart, dass von der Klagsseite ein neuerlicher Vergleichsvorschlag unterbreitet wird.

Über die Annahme des nunmehr vorliegenden Vergleichsangebotes, welches alle GRM mit der Einladung erhalten haben, ist nunmehr GR abzustimmen. Er ersucht um Wortmeldungen.

GVM Prentner (FPÖ) sagt, dass er darüber verwundert ist, um € 50.000,-- kann man sich den Grund kaufen, der Betrag ist nicht gerechtfertigt.

Der **Bürgermeister** sagt, dass der Vergleich nicht angenommen werden soll und lässt anschließend abstimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt mit 23 Ja-Stimmen (SPÖ, ÖVP, bim und FPÖ – ohne Wagner und Bachmayr) und 2 Stimmenthaltungen (Wagner und Bachmayr – beide FPÖ) durch Heben der Hand, dass bezüglich der Klage gegen die Marktgemeinde Molln durch die Ehegatten Rudolf und Gabriele Federlehner wegen der Ersitzung eines Teilstückes der öffentl. Wegparzelle Nr. 2019, KG Ramsau, das vorliegende Vergleichsangebot der Klagsseite abgelehnt wird.

*****

Punkt 5) Kindergarten; Errichtung einer 6. Gruppe; Beratung und Beschlussfassung

Der **Bürgermeister** sagt, dass der Antrag von der SPÖ eingebracht wurde und ersucht um Erläuterungen dazu.

GRM Brunner (SPÖ) sagt, dass bis jetzt noch kein Antrag von der Gemeinde beim Land auf Bedarfsprüfung eingebracht wurde – sie ersucht das im Jänner zu machen. Anschließend erläutert sie die Situation, spricht die Warteliste an und sagt, dass es notwendig ist, eine 6. Gruppe einzurichten. Wenn der Bedarf besteht, muss die Gemeinde sich auch darum kümmern. Heute soll der Grundsatzbeschluss gefasst werden, dann kann man auch den Antrag beim Land einreichen.

Der **Bürgermeister** sagt dazu, dass bis jetzt in Molln noch nie ein Entwicklungskonzept gemacht wurde - es muss für 3 Jahre gemacht werden. Die Erhebungen müssen durchgeführt werden und dann kann man einreichen.

GRM Rußmann (bim) sagt, dass man aufgrund der Erhebung der Geburten und des Zuzugs davon ausgehen kann, dass der Bedarf an Kindergartenplätze nicht weniger werden wird. Er befürwortet die Errichtung einer 6. Gruppe und spricht sich dafür aus, in der heutigen Sitzung den Grundsatzbeschluss zu fassen.

Der **Bürgermeister** verweist auf den GR-Beschluss auf Zuweisung an den Ausschuss.

Es gibt anschließend eine umfangreiche Diskussion, an der sich die **GVM Schober (SPÖ), Prentner (FPÖ) sowie die GRM Platzer A. (bim) und Brunner (SPÖ)** beteiligen.

GVM Prentner (FPÖ) erklärt, dass der Ausschuss schon an einem dreiviertel Jahr diesbezüglich arbeitet und die nächsten Schritte eingeleitet werden müssen.

GRM Buchriegler (ÖVP) stellt anschließend *den Antrag auf Zuweisung an den Ausschuss Schule, Hort, Kindergarten, Jugend und Bildung* und sagt, dass im Jänner der Entwicklungsplan gemacht werden soll.

AL Mag. Pölz erläutert die Vorgehensweise der Gemeinde, wenn Bedarf angemeldet wird, verweist darauf, dass nach der Erstellung eines Entwicklungskonzeptes der Beschluss im Gemeinderat gefasst werden muss – anschließend erfolgt die Antragstellung auf Bedarfsprüfung beim Land.

Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, lässt der Bürgermeister *über den Antrag von GRM Buchriegler abstimmen*.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt mit 15 Ja-Stimmen (ÖVP, FPÖ, bim – ohne Rußmann und Koller) und 10 Nein-Stimmen (SPÖ sowie Rußmann und Koller, beide bim) durch Heben der Hand die Zuweisung diese TO-Punktes an den Ausschuss Schule, Hort, Kindergarten, Jugend und Bildung.

*****

- Punkt 6) Wege- und Straßenbeleuchtung „Neu“; Grundsatzbeschluss:**
- a) Umsetzung des Konzeptvorschlages – LED System**
  - b) Lampentyp für Kandelaber und Peitschenlampen inkl. Mastsystem**
  - c) Förderanträge und Angebotsausschreibung – Erstellung durch Amtsleitung**

Der **Bürgermeister** sagt, dass für das vorhandene und uneinheitliche Beleuchtungssystem verschiedenster Typen großteils Ersatzteilbeschaffungen nicht mehr möglich sind. Deshalb soll in den nächsten Jahren in Etappen das gesamte System erneuert und vereinheitlicht werden. Neue Leuchtkörper wie LED in warm weiß entsprechen den Vorgaben und Leitlinien des Landes Oö. Einsparung von Energie und Wartungskosten werden eine teilweise Refinanzierung der Investition ermöglichen.

Nach Behandlung im Ausschuss Umwelt, Naturschutz, Nationalpark und Energie in der Sitzung am 12.12. soll nunmehr der Grundsatzbeschluss gefasst werden. Er ersucht GRM Platzer A. (bim) um seine Ausführungen dazu.

GRM Platzer A. (bim) sagt, dass der Antrag zwar von der bim gestellt wurde, der Auftrag dazu aber vom Bürgermeister gekommen ist. Er gibt noch kurze Erläuterungen zum

Konzeptvorschlag und sagt, dass dieses in der Ausschusssitzung am 12.12. einstimmig beschlossen wurde.

Über Anfrage von **GRM Jungwirth (ÖVP)** sagt **GRM Platzer A. (bim)** dass es sich um Investitionsvolumen von € 273.000,-- handelt.

Da es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, lässt der Bürgermeister abstimmen.

Beschluss:

a) Der Gemeinderat fasst mit 24 Ja-Stimmen (ÖVP, bim, FPÖ und SPÖ – ohne Hofbauer) und 1 Stimmenthaltung (Hofbauer, SPÖ) durch Heben der Hand den Grundsatzbeschluss zur Umsetzung des vorliegenden Konzeptvorschlages - LED System, für die Wege- und Straßenbeleuchtung „Neu“.

*****

GRM Platzer A. (bim) gibt anschließend eine kurze Erläuterung zu den 2 geplanten Lampentypen für Kandelaber und Peitschenlampen inkl. Mastsystem.

GVM Schober (SPÖ) sagt, dass das nicht die optimalste Lösung ist und spricht sich dagegen aus.

GRM Platzer A. (bim) erläutert die Vorteile.

Da keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, lässt der Bürgermeister abstimmen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt:

b) mit 22 Ja-Stimmen (SPÖ – ohne Hofbauer und Schober, ÖVP, FPÖ, bim – ohne Rußmann), 2 Stimmenthaltungen (Hofbauer, SPÖ, und Rußmann, bim) und 1 Nein-Stimme (Schober, SPÖ) durch Heben der Hand folgende Lampen- und Masttypen:

Aufsatzleuchte CALLA LED15 Lampe
An-/Aufsatzleuchte AMPERA Mini-LED24 Lampe
Systemmast zu Calla 3,5 m
Systemmast hoch Ampera

c) mit 24 Ja-Stimmen (ÖVP, SPÖ – ohne Hofbauer, bim, FPÖ) und 1 Stimmenthaltung (Hofbauer, SPÖ) durch Heben der Hand, dass die Erstellung der Förderanträge und Angebotsausschreibung durch die Amtsleitung erfolgt.

*****

Punkt 7) Flächenwidmungsplan 3/2003; Österreichische Kinderfreunde, Region Steyr-Kirchdorf; Änderung Nr. 3.93.; Grundsatzbeschluss; Beratung und Beschlussfassung

Der **Bürgermeister** berichtet, dass die Österreichischen Kinderfreunde, Region Steyr-Kirchdorf, 4400 Steyr, um Änderung der Flächenwidmung ihrer Grundstücke 308/1 und 308/8, KG Innerbreitenau, im Ausmaß von 10.600 m², von derzeit „Grünland“ in „Erholungsfläche/Sport- und Spielfläche Zeltlagerplatz“, angesucht haben. Die Kinderfreunde

betreiben seit Jahrzehnten einen Zeltlagerplatz in der Innerbreitenau. Mit dieser Umwidmung soll ein gesetzeskonformer Zustand hergestellt werden. Eine positive Stellungnahme des Ortplaners liegt vor.

Zur Einleitung der weiteren Verfahrensschritte soll die gegenständliche Umwidmung vom Gemeinderat grundsätzlich beschlossen werden. Der Bürgermeister ersucht um Wortmeldungen.

GRM Brunner (SPÖ) befürwortet die Maßnahmen und gibt namens ihrer Fraktion die Zustimmung.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt mit 24 Ja-Stimmen (SPÖ, bim, FPÖ, ÖVP – ohne Kössner) und 1 Stimmenthaltung (Kössner, ÖVP) durch Heben der Hand die Flächenwidmungsplan-Änderung Nr. 3.93.; Grundsatzbeschluss; Österreichische Kinderfreunde, Region Steyr-Kirchdorf, Grundstücke 308/1 und 308/8, KG Innerbreitenau, im Ausmaß von 10.600 m², von derzeit „Grünland“ in „Erholungsfläche/Sport- und Spielfläche Zeltlagerplatz“,

*****

Der **Bürgermeister** gibt bekannt, dass für den nächsten Punkt die **Öffentlichkeit ausgeschlossen werden muss und ersucht die anwesenden Besucher den Sitzungssaal zu verlassen.**

Punkt 8) Gem. § 53 Abs. 3 Oö. GdeO von der Veröffentlichung ausgenommen und ist im nicht öffentlichen Teil der Verhandlungsschrift protokolliert!

*****

Anschließend werden die Besucher wieder in den Sitzungssaal gebeten.

Punkt 9) Allfälliges

Der **Bürgermeister** informiert die Besucher darüber, dass Mag. Pölz wieder als **Amtsleiter** für 5 Jahre weiterbestellt wurde.

Anschließend informiert er:

- dass am 7. November mit Vertretern der Naturschutzabteilung des Landes und den betroffenen Anrainern ein „runder Tisch“ in Molln bezüglich der geplanten Verordnung des Landes, mit der die „**Krumme Steyrling**“ als **Naturschutzgebiet** festgestellt werden soll.
Anschließend kurze Diskussion – es beteiligen sich **GVM Gasplmayr (bim) und die GRM Rußmann (bim) und Platzer A. (bim)**;
- bezüglich der **Stromnutzung am Gemeindevorplatz** und sagt, dass der Strom nur bei offiziellen Veranstaltungen der Gemeinde zur Verfügung steht, sonst müsste die Gemeinde einen eigenen Anschluss bezahlen. Wenn andere Veranstaltungen abgehalten werden, muss daher die Gemeinde kontaktiert werden;
- darüber, dass der **Landesrechnungshofbericht** offiziell eingelangt ist und der Bericht per e-mail an die Fraktionsobleute übermittelt wird. Innerhalb von 3 Monaten muss die Gemeinde eine Stellungnahme abgeben;

- über die Fahrt nach Linz anlässlich des „Neujahrsschnalzen“ am 1.1. mit dem Schützenverein. Anmeldungen zur Mitfahrt werden gerne am Gemeindeamt entgegengenommen.

Der Bürgermeister gibt abschließend bekannt, dass mit Wirkung vom 20.11.2018 **Alfred Platzer zum Fraktionsobmann und Ing. Dominik Gasplmayr zum Fraktionsobmann-Stellvertreter** der bim ernannt wurden.

Abschließend lädt der **Bürgermeister** alle GRM zur **Weihnachtsfeier** am 20.12.2018 in das Gasthaus Steiner-Kraml ein, eine separate Einladung ergeht noch.

GVM Gasplmayr (bim) lädt zum **Vortrag** von Prof. DI Staufer zum Thema „Schlafwandeln in die Klimakatastrophe - wann wachen wir endlich auf?“ am 16.1.2019 um 19.30 Uhr in das Nationalparkzentrum ein. Veranstalter ist der Umweltausschuss.

GRM Wagner (FPÖ) spricht das **Parkplatzmanagement im Nationalparkzentrum** an und sagt, dass die weitere Vorgehensweise im Ausschuss behandelt werden soll.

Der **Bürgermeister** sagt dazu, dass der Ausschuss für Straße, Kanal und Raumplanung einen Antrag vom Nationalpark zur Behandlung bekommen hat.

GRM Brunner (SPÖ) ersucht bezüglich der **Errichtung der 6. KG-Gruppe** gleich in der 1. Jännerwoche um Abhaltung einer Sitzung.

GRM Schmidberger (FPÖ) spricht die **Schüleraufsicht in der VS** an bzw. die weitere Vorgehensweise nach den Weihnachtsferien.

AL Mag. Pölz informiert anschließend darüber, dass die Aufsicht nach den Weihnachtsferien von Fr. Dir. Utner und Schulwart Reiter Nino gemacht wird.

GRM Brunner (SPÖ) spricht eine Einladung zum **Krippenspiel „Ochs und Esel“** am 23.12.2018 um 16 Uhr im NPZ und zur **Kripperlroas** aus.

Da es keine weiteren Wortmeldungen mehr gibt, überbringt der **Bürgermeister** anschließend seine **Weihnachtswünsche**.

Der **Bürgermeister** ersucht nun die Fraktionsvorsitzenden um ihre Weihnachtswünsche.

GRM Aigner (SPÖ), Buchriegler (ÖVP), Wagner (FPÖ) und Platzer A. (bim) überbringen ihre Weihnachtswünsche.

Der Bürgermeister schließt die Sitzung um 21.25 Uhr.